

BRASILILIEN

DR. JAN WOISCHNIK
ALEXANDRA STEINMEYER

17. März 2016

www.kas.de/brasilien

Massenproteste und politischer Stillstand

BRASILILIEN ZWISCHEN KORRUPTIONSSKANDAL, WIRTSCHAFTSKRISE UND DROHENDER AMTS-
ENTHEBUNG DER STAATSPRÄSIDENTIN

Brasilien stellt knapp fünf Monate vor dem Beginn der Olympischen Sommerspiele Negativrekorde auf: Mitten in einer historischen Wirtschaftskrise findet die Aufdeckung des größten Korruptionsnetzwerks der Geschichte des Landes einen neuen Höhepunkt in den Vorwürfen gegen den Ex-Präsidenten Luiz Inácio „Lula“ da Silva. Währenddessen steht Präsidentin Dilma Rousseff kurz vor dem endgültigen Bruch mit ihrem wichtigsten Koalitionspartner und muss wegen eines laufenden Amtsenthebungsverfahrens um ihre Präsidentschaft bangen. Nun forderten Millionen Demonstranten ihren sofortigen Rücktritt.

Am 13. März gingen große Teile der brasilianischen Bevölkerung in mehr als 250 Städten auf die Straße, Beobachter sprechen von über 3,3 Millionen Teilnehmerinnen und Teilnehmern. Allerdings sind diese Zahlen mit Vorsicht zu genießen, da sie nicht von unabhängigen Institutionen aufgestellt werden, sondern von den Organisatoren oder der Polizei der Bundesstaaten, in denen sich die politische Couleur der jeweiligen Regierung widerspiegelt. Trotzdem sind die Demonstrationen als bedeutsam zu beurteilen: Wird doch diskutiert, ob sie mehr Menschen mobilisierten als die bisher größten Demonstrationen von 1984, die das Ende der Militärdiktatur und Direktwahlen des Präsidenten forderten.

Sprechchöre und Plakate der Demonstranten forderten „Dilma raus“ und „PT raus“, also das Ende von Staatspräsidentin Dilma Rousseff und ihrer Arbeiterpartei (Partido dos Trabalhadores, PT), die seit 2002 unun-

terbrochen die Regierung stellt. Bemerkenswert war, dass selbst im strukturschwachen Nordosten des größten Landes Lateinamerikas, traditionell PT-Territorium, gegen die Regierung demonstriert wurde. Zu Gegendemonstrationen von Anhängerinnen und Anhängern der Arbeiterpartei kam es kaum, weswegen befürchtete Zusammenstöße ausblieben. Allerdings bleibt abzuwarten, wie die Beteiligung an den für den 18. März angekündigten Demonstrationen zur Unterstützung der Regierung ausfallen wird.



Proteste am 13. März 2016 in São Paulo
Foto: Rovenia Rosa/Agência Brasil

Es verwundert auf den ersten Blick, dass die brasilianische Bevölkerung einer Staats- und Regierungschefin derart kritisch gegenübersteht, die sie noch Ende 2014, wenn auch knapp, im Amt bestätigte. Was ist passiert? Und warum verzeichneten die Demonstrationen eine so hohe Beteiligung, nachdem im vergangenen Jahr ähnliche Aufrufe nur deutlich weniger Menschen mobilisieren konnten?

BRASIL IEN

DR. JAN WOISCHNIK
ALEXANDRA STEINMEYER

17. März 2016

www.kas.de/brasilien

Korruptionsskandal „Lava Jato“ holt Wirtschaft und Politik ein

Ein wichtiger Faktor, der die Mobilisierung weiter Teile der Bevölkerung gegen die Regierung, aber auch allgemeiner gegen „die Politik“ erklärt, sind täglich neue Korruptionsenthüllungen. Diese finden momentan ihren traurigen Höhepunkt im Petrobras-Skandal (von der Staatsanwaltschaft nach einem Geldwäsche-Lokal auch Operation „Lava Jato“, dt. Autowäsche, genannt): Angefangen mit dem halbstaatlichen Ölkonzern Petrobras wird seit 2014 das größte Korruptionsnetzwerk der Geschichte Brasiliens aufgedeckt.

Mindestens BRL 6,4 Mrd. (rund EUR 1,5 Mrd.) – immerhin fast 0,5% der gesamten Wirtschaftsleistung 2015 – sollen veruntreut worden sein. Bisher wurden 179 Personen aus Wirtschaft und Politik, darunter auch Senatoren und Abgeordnete aller politischen Lager, sowie mehrere Unternehmen angeklagt. Die Anklagen lauten neben Korruption auch auf Geldwäsche, Steuerhinterziehung, Drogenhandel und Bildung krimineller Vereinigungen. Das Ausmaß dieser systematischen Korruptionspraktiken schockierte selbst die mit Korruption vertraute brasilianische Bevölkerung und verstärkte ihr Misstrauen gegenüber politischen und wirtschaftlichen Eliten.



Rousseff bei ihrer Amtseinführung mit Lula
Foto: Fabio Rodrigues Pozzebom/Agencia Brasil

Das Korruptionsnetzwerk droht nun auch Rousseffs Regierung einzuholen: Im vergangenen Oktober kam eine Parlamentskommission zwar noch zu dem Schluss, die Präsidentin sei nicht in „Lava Jato“ involviert gewesen. Die Tatsache, dass sie von 2003 bis 2010 Aufsichtsratsvorsitzende des Ölkonzerns im Zentrum des Skandals war,

lässt ihre Kritiker jedoch an dieser Einschätzung zweifeln. Neue Argumente erhielten diese Vermutungen Anfang März durch Aussagen eines Senators (und Parteifreunds Rousseffs) – die er allerdings als Kronzeuge, also möglicherweise motiviert durch Strafminderung, machte.

Konkretere Vorwürfe liegen gegen Rousseffs politischen Ziehvater vor, den populären Ex-Präsidenten Luiz Inácio „Lula“ da Silva (PT): Er wurde Anfang März medienwirksam mit großem Polizeiaufgebot abgeholt und zur Verschleierung von Vermögen und Immobilien befragt. Aktuell wird ein Antrag auf Untersuchungshaft geprüft. Die Präsidentin bot ihrem Amtsvorgänger daraufhin an, Kabinettschef zu werden (der wichtigste Ministerposten). Dieser akzeptierte prompt und genießt nun bestimmte Immunitäten vor der Strafverfolgung („foro privilegiado“). Die Vorwürfe gegen den ehemaligen Präsidenten dürften ein wichtiger Katalysator der Massenproteste gewesen sein, da gerade die Aufstiegsgeschichte Lulas – vom Metallarbeiter zum Staatspräsidenten – als Antithese zur klassischen politischen Elite des Landes und gegen Korruption gegolten hatte.

Stärkste Wirtschaftskrise seit den 1930er Jahren

Das größte Problem für Präsidentin Rousseff stellen jedoch momentan nicht Vorwürfe der Beteiligung am Korruptionsskandal dar, sondern die profunde politische Krise ihrer Regierung und der mangelnde Rückhalt in der Bevölkerung. Die Zustimmungswerte zu ihrer Amtsführung schwanken um die 10%-Marke – und werden damit selbst von der Inflationsrate übertroffen, wie kritische Beobachter gern betonen.

Mitverantwortlich für die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der Regierungsführung der Präsidentin ist die stärkste Wirtschaftskrise seit den 1930er Jahren. Auslöser waren gesunkene Rohstoffpreise, die die auf Rohstoffexporte konzentrierte brasilianische Wirtschaft stark trafen. Die nationale Währung Real hat seit ihrem Höchststand 2011 gegenüber dem Dollar fast 60% ihres Werts verloren, sodass sich Importe entsprechend

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

BRASILIEN

DR. JAN WOISCHNIK
ALEXANDRA STEINMEYER

17. März 2016

www.kas.de/brasilien

verteuert haben – eine Zunahme der verbilligten Exporte blieb hingegen aus. Das Haushaltseinkommen wird 2016 ein Fünftel unter seinem Höchststand 2010 liegen (Schätzungen des Economist). Das lässt die Binnennachfrage, die für 80% der brasilianischen Wertschöpfung verantwortlich ist, sinken und verstärkt die Wirtschaftskrise zusätzlich. Die gerade erst aufgestiegenen neuen Mittelschichten drohen wieder zurück in die Armut zu gleiten.

Ebenso wie Lulas Präsidentschaft von externen Faktoren wie den Rohstoffpreisen profitierte, wirkten sich diese Faktoren nun negativ auf Rousseffs Rückhalt in der Bevölkerung aus. Vor allem hat sie jedoch keine wirtschaftspolitischen Strukturreformen unternommen, um den strukturellen Ursachen der Krise zu begegnen –ausufernde Bürokratie, Korruption, mangelnde Wettbewerbsfähigkeit und fehlende Diversifizierung der nationalen Industrie.

Viele Wege führen zum Ende einer Präsidentschaft

Vor diesem Hintergrund sieht sich die Präsidentin momentan mit verschiedenen Verfahren konfrontiert, die ihre Präsidentschaft vor dem regulären Ablauf ihrer Amtszeit 2018 beenden könnten: Die größte Oppositionspartei PSDB (Partido da Social Democracia Brasileira, dt. Partei der brasilianischen sozialen Demokratie) stellte sowohl Anträge auf Rousseffs Amtsenthebung als auch auf Annullierung der Präsidentschaftswahl. In beiden Fällen wurden Verfahren eingeleitet.

Wie in präsidentiellen Demokratien üblich ist auch in Brasilien die Präsidentin Staats- und Regierungschefin zugleich und verfügt über eine große Machtfülle. Das Amtsenthebungsverfahren (engl. Impeachment) erweitert die Handlungsmöglichkeiten der ansonsten eingeschränkt mächtigen Legislative. Rousseff verfügt aktuell weder im Abgeordnetenhaus noch im Senat über Mehrheiten. Allgemein zeichnet sich Brasilien durch schwach institutionalisierte Parteien und häufige Parteiwechsel der Abgeordneten aus; zudem sind momentan 28 Parteien im Abgeordnetenhaus vertreten, sodass Mehr-

heiten immer neu organisiert werden müssen.

Das Impeachment-Verfahren gegen Rousseff ist das dritte in der brasilianischen Geschichte: 1952 überstand Getúlio Vargas die Abstimmung, Fernando Collor de Mello hingegen trat 1992 zurück, ehe er aufgrund starker Korruptionsvorwürfe des Amtes enthoben werden konnte. Im Fall Rousseffs bilden angebliche Manipulationen bei der Aufstellung des Haushalts 2015 den Sachgrund des Antrags auf Amtsenthebung.

Der eigentliche Grund für die Einleitung des Verfahrens hingegen ist politisch motiviert: Ende 2015 wurde u.a. mit Stimmen von Rousseffs Arbeiterpartei einem Antrag auf Aufhebung der Immunität von Eduardo Cunha, Präsident des Abgeordnetenhauses, zugestimmt, da gegen ihn schwere Vorwürfe im „Lava Jato“-Skandal vorliegen. Daraufhin gab Cunha, der als Mitglied der PMDB (Partido do Movimento Democrático Brasileiro, dt. Partei der brasilianischen demokratischen Bewegung) Teil ihrer Regierungskoalition ist, aber der Präsidentin schon lange kritisch gegenüber stand, einem Antrag auf Aufnahme eines Impeachmentverfahrens statt. Aktuell wird im Abgeordnetenhaus ein Ausschuss zur Untersuchung der Vorwürfe gegen Rousseff gebildet. Sollte der Antrag auf Amtsenthebung zu Ungunsten der Präsidentin ausfallen, würde in einem nächsten Schritt im Plenum des Abgeordnetenhauses darüber abgestimmt. Für einen Fortgang des Verfahrens ist mindestens eine Zweidrittelmehrheit nötig.

Ab dieser Abstimmung wird die Präsidentin vorübergehend von ihren Amtspflichten enthoben und der Vizepräsident übernimmt ad interim ihr Amt. Letztendlich bestimmt die Schwere der Vorwürfe, ob lediglich der Senat (bei Amtsdelikten) mit einer Zweidrittelmehrheit oder der Oberste Bundesgerichtshof die finale Entscheidungsinstanz innehält und die Präsidentin schließlich ihres Amtes enthoben wird. Im Fall einer Amtsenthebung würde der Vizepräsident als neuer Staatspräsident das Mandat regulär zu Ende führen, also bis Ende 2018.

BRASIL IEN

DR. JAN WOISCHNIK
ALEXANDRA STEINMEYER

17. März 2016

www.kas.de/brasilien

Mögliche Annullierung der Präsidentschaftswahlen

Selbst wenn die Präsidentin das Impeachmentverfahren überstünde, drohte ihr weiterhin ein Prozess wegen illegaler Wahlkampffinanzierung. Das Oberste Wahlgericht untersucht aktuell, ob der Wahlkampf der Präsidentin und ihres Vizepräsidenten Temer 2014 durch Schmiergelder des „Lava Jato“-Skandals mitfinanziert wurde. Auf die Vorwürfe erwiderte die Präsidentin, ihr Wahlkampf sei schließlich von denselben Firmen finanziert worden wie die Kampagne der Opposition – was nicht aus der Luft gegriffen scheint. Ihr Wahlkampfleiter, João Santana, der bereits Lula sowie Hugo Chávez und Nicolás Maduro in Venezuela zu Wahlerfolgen verholfen hatte, sitzt bereits in Untersuchungshaft. Käme es noch dieses Jahr zur Annullierung der Wahl, würden anschließend direkte Präsidentschaftswahlen abgehalten. Wenn bereits mehr als die Hälfte des Präsidentschaftsmandats verstrichen ist, würde das Parlament eine Nachfolgerin oder einen Nachfolger wählen.

Außerdem könnte Rousseff ihre Präsidentschaft selbst durch Rücktritt beenden, wie die Demonstrantinnen und Demonstranten am 13. März sowie weite Teile der Opposition forderten. Diese Forderungen hat Rousseff jedoch mehrfach als haltlos abgewiegelt. Ein Abberufungsreferendum durch die Bevölkerung ist in Brasilien nicht vorgesehen.

Kein Ende von Rousseffs Präsidentschaft, aber eine Begrenzung ihrer Machtfülle würde eine Reform hin zu einem (semi-) präsidentiellen politischen System bedeuten. Vizepräsident Temer sprach sich für eine solche Reform aus, und auch ein Senator der Oppositionspartei PSDB stellte bereits in seiner Kammer einen (wohl eher symbolischen) Antrag auf Verfassungsänderung. Allerdings hat Brasilien keine guten Erfahrungen mit dem parlamentarischen System gemacht – der letzte Versuch endete 1964 in einem Militärputsch, dem 20 Jahre Militärdiktatur folgten.

Rousseffs Koalition steht vor dem Bruch

Präsidentin Rousseff steht also nicht nur einer Opposition gegenüber, die ihren Rücktritt fordert (das wäre angesichts der Krisen im Land weniger verwunderlich) – vielmehr gießt ihr Koalitionspartner PMDB seit Monaten Öl in das Feuer, das ihre Präsidentschaft beenden könnte. So steht inzwischen Rousseffs Koalition, die neben PT und PMDB aus sieben weiteren, kleineren Parteien besteht, vor dem Bruch.

Als größter Koalitionspartner von Rousseffs PT, stellt die PMDB nicht nur in beiden Parlamentskammern eine der größten und politisch einflussreichsten Fraktionen, sondern auch die jeweiligen Präsidenten. Außerdem stellt sie sieben der 31 Ministerinnen und Minister und den Vizepräsidenten des Landes. Auch auf bundesstaatlicher und kommunaler Ebene ist die Partei in Regierungsämtern präsent.

Diese Machtkonzentration kann einerseits als geschickter Schachzug der Präsidentin zur Beteiligung des größten Koalitionspartners gesehen werden; so hatte Rousseff bei einer Kabinettsumbildung Ende 2015 der Partei strategisch noch weitere Ministerposten zugeschlagen. Andererseits macht die Machtfülle die PMDB zur Schlüsselpartei im aktuellen politischen Schachspiel im Land. Diese Rolle ist für die PMDB nicht neu: Als pragmatisch-opportunistische Partei ohne programmatische Bindung übernimmt sie traditionell die Funktion des „Königsmachers“, da sie Machtperspektiven mit beiden politischen Lagern hat und häufig bei der Regierungsbildung oder Organisation von Mehrheiten das Zünglein an der Waage darstellt. Allerdings erschwert die mangelnde Programmatik den Zusammenhalt der Partei.

Ihren Trumpf spielt die PMDB nun aus: Am Tag vor den Massenprotesten vom 13. März wurde auf einem Parteitag entschieden, dass innerhalb von 30 Tagen ein Entschluss über den Verbleib in der Regierungskoalition getroffen werden müsse. Ein Ausscheiden aus der Koalition hätte direkte Auswirkungen auf die Mehrheitsverhältnisse im Parlament und damit auf den Ausgang des Impeachmentverfahrens. Teile der Partei haben bereits offen mit der Präsidentin gebro-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

BRASIL IEN

DR. JAN WOISCHNIK
ALEXANDRA STEINMEYER

17. März 2016

www.kas.de/brasilien

chen, nun droht dies die gesamte Partei an – und würde damit nicht mehr nur faktisch, sondern auch formell Oppositionspolitik machen. Wie dieser Beschluss letztendlich aussehen und ob er überhaupt gefällt wird, bleibt offen – die Drohbotschaft an die Regierung ist jedoch mit Sicherheit angekommen.

Vieles spricht dafür, dass die PMDB zu den primären Gewinnern einer wie auch immer gearteten Beendigung von Rousseffs Präsidentschaft zählen würde: Ganz direkt stellt die Partei mit Vizepräsident Temer und dem Präsidenten des Abgeordnetenhauses Cunha die unmittelbaren Nachfolger, wenn Rousseff ihres Amtes enthoben oder ihre Wahl annulliert werden würde. Als größte Fraktion in beiden Kammern hat sie außerdem bei einer Neuwahl des Präsidenten durch das Parlament hohes Gewicht. Durch die frühzeitige Distanzierung von Teilen der Partei von Rousseff könnte es ihr also gelingen, vom Niedergang einer Regierung zu profitieren, an der sie ursprünglich beteiligt war.

Und die Opposition?

Die besondere Rolle der PMDB ist auch deshalb interessant, weil die Politik dieser Regierungspartei zeitweise oppositioneller erscheint als die der eigentlichen Opposition. Es ist auffällig, dass es letzterer bisher nicht gelingt, aus der enormen Krise der Präsidentin politisches Kapital zu schlagen. Auch wenn sie bisher prozedurale Erfolge bei den Verfahren zur Beendigung von Rousseffs Präsidentschaft vorweisen konnte, bleibt unsicher, ob insbesondere die größte Oppositionspartei PSDB das politische Momentum eines Niedergangs von Rousseff in einen Wahlsieg verwandeln könnte.

Zwar haben oppositionelle Parteien zum ersten Mal seit Rousseffs Amtsantritt im Vorfeld des 13. März durchaus aktiv zu Demonstrationen aufgerufen. Oppositionelle Politiker, die die Demonstrationen besuchten, stießen jedoch auf lautstarke Ablehnung und verließen sie wenig später. Die Demonstranten aller Altersklassen gehörten mehrheitlich oberen Gesellschaftsschichten an, und die Demonstrationen waren im Süden um die Wirtschaftsmetropole São Paulo

am stärksten, traditionell das Feld der konservativ-liberalen Oppositionsparteien. Obwohl das Profil der Demonstranten also der liberal-konservativen Klientel der Opposition entsprach, gab nur etwa jeder Fünfte an, die Opposition zu unterstützen. Dies deutet auf eine Politikverdrossenheit gegenüber der gesamten politischen Klasse hin.

Neben Oppositionsparteien hatten über soziale Medien verschiedene dezidiert nicht parteiliche, mehrheitlich liberal-konservative regierungskritische Gruppen zu Demonstrationen aufgerufen. Die Forderungen der jungen Organisatoren verbinden den Wunsch nach politischem Wandel mit einer liberalen Wirtschaftspolitik. Besonders in São Paulo hatten außerdem Wirtschaftsvereinigungen zur Teilnahme aufgerufen.

Hoffnungsträger Justiz

Wurden Rousseff, Lula und ihre PT auf den Massenprotesten der Lächerlichkeit und Kritik preisgegeben, so stammten die Sympathieträger nicht etwa aus der Opposition, sondern aus der Justiz. Allen voran wurde Sérgio Moro mit Cape als „Super-Moro“ dargestellt. Der Bundesrichter aus Curitiba leitet die Ermittlungen zur Aufklärung des „Lava Jato“-Skandals und hat durch rigorose Ermittlungen auch gegen politische und wirtschaftliche Eliten – lange Zeit in Brasilien undenkbar – sich und der Justiz zu großem Ansehen verholfen.



Bundesrichter Sérgio Moro
Foto: Marcos Oliveira/Agência Senado

Allerdings wurde auch das Vorgehen von Justiz und Polizei im Rahmen der „Lava Jato“-Ermittlungen kritisiert: Lulas Abholung zum Verhör durch etwa 200 Polizisten wurde stark kritisiert, da der ehemalige Präsident immer seine Kooperationsbereitschaft

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

BRASILIEN

DR. JAN WOISCHNIK
ALEXANDRA STEINMEYER

17. März 2016

www.kas.de/brasilien

betont hatte. So muss sich auch die Justiz mit dem Vorwurf auseinandersetzen, den Prozess zu politischen Zwecken auszunutzen.

Wie begründet der enorme Vertrauenszuwachs der Bevölkerung in die Justiz ist, wird sich erst zeigen, wenn auch unter geänderten politischen Vorzeichen Vorwürfe gegen Politikerinnen und Politiker ebenso rigoros verfolgt werden. Erst dann kann Brasilien eine nachhaltige Stärkung rechtsstaatlicher Strukturen bescheinigt werden.

Fazit: Handlungsunfähige Präsidentin bangt um ihr Amt, statt Opposition gewinnt Justiz Vertrauen der Bevölkerung

Mindestens seit Ende 2015 befindet sich Brasilien wegen inner- und interparteilichen sowie persönlichen Auseinandersetzungen im politischen Stillstand. Statt dringend notwendige Strukturreformen zur Überwindung der stärksten Wirtschaftskrise seit den 1930er Jahren durchzusetzen, ist Präsidentin Dilma Rousseff handlungsunfähig und kämpft um ihr politisches Überleben. Am Stuhl ihrer Präsidentschaft sägen Koalitionspartner, Opposition und Bevölkerung – in laufenden Verfahren ihrer Amtsenthebung sowie der Annullierung ihrer Wiederwahl, aber auch durch Diskussionen in Politik und Medien über die Einführung eines (semi-) parlamentarischen Systems. Wie unzufrieden die Bevölkerung mit ihrer Amtsführung ist, zeigten die lautstarken Rücktrittsfordernungen bei den Massenprotesten vom 13. März.

Offen bleibt, wie lange Rousseff dem Druck noch standhalten kann – Rücktrittsfordernungen hat sie bisher abgetan, doch neben dem Rückhalt in der Bevölkerung verliert sie nun auch zusehends die Unterstützung innerhalb ihrer Koalition im Parlament. Sollte ihr größter Koalitionspartner vollständig mit ihr brechen, hätte dies signifikante Auswirkungen auf die Mehrheitsverhältnisse im Parlament – auch wenn sich das erst auf das Impeachmentverfahren auswirken würde, sollten sich die Vorwürfe gegen Rousseff als begründet erweisen.

Gleichzeitig wäre es falsch, anzunehmen, dass ein mögliches Ende von Rousseffs Präsidentschaft auch eine herbe Niederlage für ihre Partei mit sich bringen würde. Rousseffs PT hat gute Verbindungen zu Gewerkschaften und sozialen Bewegungen und damit großes Mobilisierungspotenzial, ihre Wählerschaft ist ihr eng verbunden. Ein Ende von Rousseffs Präsidentschaft muss daher nicht unbedingt einen massiven politischen Machtwechsel bedeuten.

Der Opposition gelingt es bisher kaum, aus der Regierungskrise politisches Kapital zu schlagen. Lediglich die Justiz erfährt einen Vertrauenszuwachs in der Bevölkerung. Dies ist symptomatisch für die weit verbreitete Politikverdrossenheit der brasilianischen Bevölkerung gegenüber „der Politik“ – welche freilich durch die immensen Korruptionseuthüllungen noch weiter verstärkt wurde.

Für das Parlament, in dessen Händen momentan der weitere Verlauf des Impeachmentverfahrens liegt, stellt der Umgang mit den Massenprotesten einen Balanceakt dar: Einerseits ist es in repräsentativen Demokratien nicht Aufgabe der gewählten Volksvertreterinnen und -vertreter, einzelnen Stimmungen oder Demonstrationsparolen hinterherzulaufen, sondern langfristig Politik zu gestalten. Andererseits ist der Dialog zwischen Regierenden und Bevölkerung essenziell für den sozialen Zusammenhalt und eine funktionierende Demokratie, besonders in einem Land mit so frappierenden wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten wie Brasilien. Hier hat sich Rousseff der Unterlassung schuldig gemacht, indem sie ihre Politik zu wenig erklärt und dadurch die Bevölkerung nicht mitgenommen hat.

Brasiliens Parlament sollte nun nicht kurzfristig-aktionistisch auf die Proteste reagieren, sondern die anhängigen Verfahren zur Amtsenthebung der Präsidentin bzw. Annullierung der Präsidentschaftswahlen mit der größten Sorgfalt und innerhalb des juristisch vorgegebenen Rahmens fortführen. Sollte das nicht gelingen, verspielt Brasilien die Chance, sein Image auf der internationalen Bühne wieder aufzupolieren. Die Ausrichtung der Olympischen Sommerspiele im Au-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

gust 2016 böte dazu eigentlich eine gute
Gelegenheit.

BRASIL IEN

DR. JAN WOISCHNIK

ALEXANDRA STEINMEYER

*Besonderer Dank für ihre Unterstützung bei der Recherche
zu diesem Bericht gilt Anisha Schwille, Studentin der Medi-
enkulturwissenschaft an der Albert-Ludwigs-Universität
Freiburg und aktuell Praktikantin im Auslandsbüro Brasilien
der Konrad-Adenauer-Stiftung.*

17. März 2016

[www.kas.de / brasilien](http://www.kas.de/brasilien)